



Schwarzheider Erklärung

Strukturpolitische Erklärung anlässlich der DGB-Lausitzkonferenz am 22.8.2019

Gute Arbeit im Strukturwandel sichern und neue Perspektiven für das Revier schaffen

Rund 7 Monate nach der Veröffentlichung des Abschlussberichtes der „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ sind die gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung der Empfehlungen noch nicht beschlossen. Gleichzeitig gibt es erneut vielstimmige Diskussionen über die Frage, wann und wie der Kohleausstieg erfolgen soll und wie der damit einhergehende Strukturwandel finanziert werden soll. All dies führt zu großer Verunsicherung in den Revieren. Dabei hat die KWSB ein gutes und tragfähiges Gesamtkonzept vorgelegt, mit dem Klimaziele erreicht, Sicherheit für die Beschäftigten organisiert und Perspektiven geschaffen werden können.

Schluss mit der Verunsicherung! Der DGB fordert, die Umsetzung des Gesamtpakets zügig abzuschließen und dabei die Empfehlungen eins-zu-eins umzusetzen.

Sicherheitsversprechen für die Beschäftigten einlösen

Niemand darf beim Strukturwandel ins Bergfreie fallen. Für die Beschäftigten muss die soziale Absicherung – wie im Abschlussbericht beschrieben – umfassend garantiert werden. Im Rahmen des geplanten Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen müssen Perspektiven für die Beschäftigten im Hinblick auf neue zukunftsgerichtete Arbeitsplätze und gute Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Das Gesetz muss festzuschreiben, dass entsprechende tarifvertragliche Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern abzuschließen sind. Es müssen rechtzeitig Gesetze für die Gestaltung des Anpassungsgelds (APG) für Beschäftigte in der Braun- und Steinkohle unter Beteiligung der Gewerkschaften erarbeitet werden. Das APG sollte wertgleich zu den Regelungen für die Beschäftigten des Steinkohlebergbaus ausfallen.

Neue Perspektiven schaffen und Finanzierung sicherstellen

Ein gerecht gestalteter Strukturwandel und das Ende der Kohleverstromung müssen Hand in Hand gehen. Das heißt: Arbeitsplätze und Wertschöpfung dürfen nur dann wegfallen, wenn zeitgleich adäquater Ersatz bei Arbeitsplätzen und Wertschöpfung geschaffen wird. Neue Arbeitsplätze müssen dabei tarifvertraglich abgesicherte und mitbestimmte Arbeitsplätze sein. Für den Strukturwandel ist der Erhalt und Ausbau vollständiger Wertschöpfungsketten ein Erfolgsfaktor. Aus Sicht der Gewerkschaften sollen im Strukturwandel mit öffentlichen und privaten Investitionen belastbare ökonomische Alternativen geschaffen werden, die aufbauend auf den regionalen Kompetenzen neue industrielle Perspektiven vor Ort schaffen. Dabei bieten Investitionen in die Energiewende große Chancen, wenn Forschung, Produktion und Anwendung gleichermaßen entwickelt werden. In jedem Fall gilt: Ohne Industriearbeitsplätze gibt es deutlich weniger Kaufkraft in der Regionen geben, was sich insbesondere



auf Infrastruktur, Handel und Handwerk auswirkt. Deshalb ist die Verbindung von Strukturwandel, Industrie- und Innovationspolitik so zentral.

Sozialpartner bei Strukturentwicklung wirksam beteiligen

Damit Wirtschaftsförderung vor Ort erfolgreich geplant und umgesetzt wird und Gute Arbeit geschaffen wird, sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefragt, die Strukturpolitik mitzugestalten. Das gilt für die Entwicklung neuer Leitbilder, der Besetzung von Strukturwandel-Institutionen vor Ort und für Begleit-, Koordinierungs- und Kontrollgremien. Im Strukturwandel muss Priorität für Projekte gelten, die zum Aufbau einer neuen, zukunftsträchtigen Wirtschaftsstruktur mit qualifizierten, tariflich entlohnenden Arbeitsplätzen führt. Der Abschlussbericht der KWSB sieht hier eine weitgehende Beteiligung der Sozialpartner vor. Die Eckpunkte für das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen greifen dies noch unzureichend auf. Der DGB fordert Nachbesserungen bei der weiteren Arbeit am Gesetz.

Für den DGB Bundesvorstand

Für den DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Für den DGB Bezirk Sachsen

Für die DGB Region Südbrandenburg

Für die DGB-Region Ostsachsen